Der oberschlesische Wanderer.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Oberschlesische Zeitung.

Es werden Anzeigen die Grundzeile oder deren Raum (50 mm) mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg., Belegs- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß 16.

Gegründet 1828.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Telegrammaufschrift: Wanderer Gleiwitz.

No. 139. Gleiwitz, Sonntag, den 19. Juni 1898. 71. Jahrgang.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die englische Weltpolitik.

Ueber das angeblich russisch-englische Bündniß erhitzen sich zur Zeit immer noch die englischen Tageszeitungen, trotzdem bei dem Gegensatze der gegenseitigen Interessen beider Länder nichts anderes zu erwarten war, als was geschehen ist, nämlich daß diese Behauptungen von russischer Seite ziemlich deutlich zurückgewiesen wurden. Die „Times" schreiben zu dieser Frage: „Das jetzige Ministerium wurde 1895 ans Ruder gebracht, weil die Wähler glaubten, die Partei besäße Männer, welche wohl definirte Ansichten über die auswärtige Politik hätten. Die Wähler waren überzeugt, daß diese Ansichten auch energisch durchgeführt werden würden. Es wäre voreilig, wenn die Minister dächten, daß das Land gleichgiltig gegen die wichtigen Fragen der internationalen Beziehungen und die Führung des auswärtigen Amtes ist, weil sie selber sich so voller Befriedigung äußern oder sich diplomatisch schweigsam verhalten. Es ist bezeichnend, daß der Abgeordnete Yerburgh trotz aller Parteipflichten von den konservativen Bänken gegen die chinesische Politik der Regierung protestirte und der Abgeordnete Legh gegen die Widersprüche der Erklärungen der verschiedenen Minister Verwahrung einlegte. Es ist in der That unbestreitbar, daß der Fall der Opposition theilweise Sympathie erregt. Er thut dies auch in den unionistischen Reihen, wenngleich dieser Sympathie kein Ausdruck verliehen wird. Wenn man sich aber die Reden der Führer der radikalen Partei genauer anschaut, findet man keine andere Kritik der auswärtigen Politik, als eine solche, die sich, wie der Unterstaatssekretär Curzon zeigte, leicht widerlegen läßt. Kritik bildet noch keine Politik. Weder das Ministerium, noch die Opposition hat den Versuch unternommen, die dringende Frage redl zu behandeln, was nun eigentlich unsere künftige Politik in China sein soll. Die Bezugnahme Curzons auf unsere Interessen im Yangtse-Thal war unbestimmt und unbefriedigend, und die Führer der Opposition ergriffen nicht die Gelegenheit, seine Mängel zu ergänzen. Mittlerweile hebt Chamberlain hervor, daß es seine Pflicht gewesen wäre, um seinen Abschied einzukommen, wenn sich bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Premierminister gezeigt hätten. Der Umstand, daß er nicht seine Demission eingereicht habe, sagt er, sei ein Beweis der Solidarität des Kabinets. Hoffentlich bedeutet diese Solidarität, daß die Minister unter sich nicht nur über ihre auswärtige Politik einverstanden sind, sondern sie auch konsequent durchführen wollen."

Der „Standard" meint, das Hauptergebniß der Debatte im Unterhause sei gewesen, gezeigt zu haben, daß die Radikalen über die auswärtige Politik sich nicht einig sind. Den „Daily News" wäre es angenehm, wenn die intelligenten Ausländer Lord Salisbury und nicht Chamberlain als Repräsentanten der britischen Politik betrachteten. „Leider hat Lord Salisbury aber infolge seiner Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit Chamberlain in die Hand gespielt. Er hat eine große Gelegenheit gehabt. Die chinesischen Schriftstücke zeigen klar, daß China von dem Augenblicke an, wo Deutschland Kiautschou besetzte, sehr bereit war, mit Großbritannien zusammen vorzugehen. Aber Lord Salisbury und sein Kabinet schlummerten und schliefen. Die Gelegenheit ist vorüber gegangen und kommt vielleicht nicht wieder. Die Regierung steht trotz ihrer großen Mehrheit im Hause der Gemeinen wegen ihrer Unfähigkeit im Lande verurtheilt da."

Der radikale „Daily Chronicle" bemerkt: „Die Debatte wird nicht dazu beitragen, das Vertrauen zur Regierung wieder herzustellen. Wer glaubt noch an Lord Salisbury und seine Kollegen als Wahrer der britischen Interessen? Die Opposition gewiß nicht und sicher auch nicht die fortschrittlich gesinnten Geister von Lord Salisburys eigener Partei. Ebenso wenig die Friedenspartei auf beiden Seiten des Hauses. Die Regierung redet zwei Stimmen. Die eine beleidigt den „Vorwärts"-Politiker, die andere erschreckt den Friedensmann.

Der „Globe" schreibt: „Sir Charles Dilke, dessen Kenntniß der internationalen Politik viel weiter geht, als die der anderen radikalen Führer, kann sich in den Gedanken einer englisch-russischen Allianz nicht verlieben. Seine Augen richten sich nach Berlin, obgleich es für den Augenblick den Erfordernissen der Partei paßt, den Gedanken an ein deutsch-englisches Bündniß als schattenhaft zu belächeln. Aber dieses Geschwätz über Bündnisse verhüllt nur die wichtigere Frage, ob die Radikalen, wenn sie an das Ruder kämen, bereit wären, die britischen Interessen in allen Theilen der Welt kräftiger zu vertheidigen, als die jetzige Regierung. Wenn die Wählerschaft sich über diesen Punkt klar wäre, möchte sich eine Chance für die Opposition bei den nächsten Wahlen ergeben. Das Land wird aber niemals große Sympathie für eine Partei zeigen, welcher es an einer konsequenten Politik gebricht. In der Debatte am Freitag beschränkten sich die Redner der Opposition darauf, der Regierung hier und da und überall am Zeuge zu flicken. Niemand aber sagte, was seine Partei thun würde, wenn sie ähnlichen Schwierigkeiten gegenüberstände. Während alle vernünftigen Leute in England herzliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu pflegen wünschen, bringt das Geschwätz über eine englisch-amerikanische Allianz, womit Chamberlain in seiner nicht allzu diskreten Rede in Birmingham den Anfang machte, die Lage der Angelegenheit in eine falsche Bahn. Auf keiner Seite des Weltmeeres hat der Gedanke sehr günstige Aufnahme gefunden, weil er nicht durchführbar ist. Bestände das amerikanische Volk aus einer homogenen Rasse, und wäre diese Rasse die britische, so ließe sich etwas für eine solche Allianz anführen. Dies ist aber nicht der Fall. Die amerikanischen Iren sind sogar England höchst feindlich gesinnt und würden nichts lieber sehen, als einen Krieg zwischen den Ver. Staaten und Großbritannien. Aber auch abgesehen von diesem Nachhinderniß, welche die Phantasie Chamberlain's schwer überwinden wird, bleibt die Thatsache bestehen, daß Großbritannien unendlich größere Verpflichtungen übernehmen würde, als ihm Wohlthaten aus der Allianz erwachsen könnten. England würde zur Vertheidigung eines 5000 englische Meilen langen Küstensaumes mit seiner Flotte mitwirken müssen. Wie könnte es dafür schadlos gehalten werden? Etwa durch Geld? Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß England je Geldhilfe zur Führung eines Krieges brauchen wird."

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Paris, 17. Juni. Die spanische Regierung dementirt nachdrücklich die von amerikanischer Seite verbreitete Nachricht, daß die Kriegsverwundeten mißhandelt und die Leichen zerstückelt worden seien. Die 2 gefangenen Amerikaner, die ausgewechselt worden sind, hätten sogar die Offenheit gehabt, in Newyork die Großmuth und Correctheit der Spanier lobend anzuerkennen.

Madrid, 17. Juni. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, wonach auf die Antillen das frühere Budget Anwendung finden soll. Muro wies nach, Primo de Rivera hätte den Eingeborenen besonders die Ausweisung der Mönche, Freiheit für die Presse und für Verbindungen, eine Vertretung in den Cortes und mehr als eine Million Dollars versprochen, und fügte hinzu, keine dieser Verpflichtungen sei erfüllt worden. Die Erörterung hierüber wurde auf morgen vertagt.

Habana, 17. Juni. Die Zeitung „Luche" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Korrespondenten der „Times." Letzterer tadelte scharf die amerikanischen Schliche bezüglich des Krieges und der Erwerbung Kubas. Er verurtheilt das Bündniß einer Macht mit den Vereinigten Staaten, deren Bevölkerung leichtsinnig und deren Regierung schwach sei. — Einige Granatschüsse wurden auf den amerikanischen „Kreuzer „Montgomery" abgegeben. Elf Schiffe blokiren den Hafen.

Cadix, 17. Juni. Der Marineminister ist zurückgekehrt, nachdem er dem Geschwader auf hoher See Anweisungen ertheilt hatte. Er reiste darauf nach Cartagena ab. Admiral Cervera telegraphirt, er habe Lebensmittel bis zum Herbst.

Newyork, 17. Juni. Nach einem Telegramm vom 16. d. Mts. von dem Depeschenboot „Association Preß" von der Höhe von Santiago ist das Bombardement am Donnerstag früh zum dritten Male wiederholt worden und dauerte eine Stunde. Das Feuer wurde gegen die Batterien gerichtet, welche westlich oder östlich vom Hafeneingang sich befinden. Die westlichen Batterien wurden beinahe vollständig zerstört. Die spanischen Verluste sollen bedeutend sein; auf amerikanischer Seite ereignete sich kein Unfall. Die spanischen Geschütze wurden zum Schweigen gebracht.

Newyork, 17. Juni. Der Washingtoner Correspondent der „World" meldet diesem Blatte, die thatkräftige Haltung der Spanier in Santiago habe auf die Behörden in Washington einen großen Eindruck gemacht. Man erkenne es als nothwendig, dem General Shafter eine stärkere Streitmacht zu geben. Das Kriegsdepartement ordnete die sofortige Einschiffung von 4000 weiteren Mannschaften an. Nach einem in Newport eingegangenem Telegramm aus Kingston ist der spanische Dampfer „Jurissina" von Concegeion am Donnerstag in aller Frühe in See gegangen, ohne das britische Register erlangt zu haben. Man glaubt, das Schiff habe 100 000 Golddollars an Bord.

Deutsches Reich.

Berlin, 17. Juni 1898.

— Bis 5 Uhr Nachmittag sind bisher 317 Wahlresultate bekannt. Hiervon 29 Conservative, 5 Reichspartei, 68 Centrum, 4 Reformpartei, 5 Nationalliberale, 2 freisinnige Vereinigung, 32 Sozialdemokraten, 8 Polen, 1 Däne, 5 Welfen, 158 Stichwahlen, woran betheiligt sind 40 Conservative, 19 Reichspartei, 35 Centrum, sieben Reformpartei, 60 Nationalliberale, 4 freisinnige Vereinigung, 35 freisinnige Volkspartei, 9 süddeutsche Volkspartei, 9 Bund der Landwirthe, 84 Sozialdemokraten, 1 Pole, 7 Welfen und 6 Wilde.

— Der gestrige Wahltag ist ruhig verlaufen bis auf Stralsund, wo der Abg. von Langen (cons.) auf der Rednertribüne von Sozialdemokraten durch Wurf mit einem Bierseidel verletzt wurde. Die Polizei schritt ein und löste die Versammlung auf. Die Ruhe wurde alsbald wieder hergestellt.

— Soweit bisher ersichtlich, gewannen die Conservativen 6 und verloren 5 Sitze, die Reichspartei gewann 1 und verlor 9, das Centrum gewann 4, die Reformpartei verlor 1, die Nationalliberalen gewannen 1 und verloren 8, die freisinnige Vereinigung verlor 7, die freisinnige Volkspartei verlor 6, die deutsche Volkspartei verlor 3, die Sozialdemokraten gewannen 3 und verloren 2, die Polen verloren 3, die Welfen verloren 1 und gewannen 1 Sitz.

Von den uns jetzt zahlreich vorliegenden Wahlergebnissen wollen wir hier nur die Wiederwahl resp. Neuwahl der bedeutendsten Parlamentarier hervorheben:

Oletzko-Lyck-Johannesburg. Graf Stollberg (Ctr.) gewählt.
Goldberg-Haynau-Liegnitz. Stichwahl Kauffmann (fr. Volksp.) Bruhns (Szd.)
Rastenburg-Gerdauen-Friedland. Graf Klinkowström (conserv.) gewählt.
Ost- und West-Sternberg. v. Waldow-Reitzenstein (cons.) gewählt.
Landeshut-Jauer-Bolkenhain. Stichwahl zwischen Hermes (freis. Volksp.) und Scholz (cons.)
Pr.-Holland-Mohrungen. von Dohna-Schlodin (cons.) gewählt.
Dersseld-Rotenburg-Hünfeld. Stichwahl Werner (Reformpartei) Lieber (Ctr.)
Gießen. Stichwahl Scheidemann (Szd.) Köhler (Reformp.)
Friedberg-Büdingen. Stichwahl Graf Oriola (ntlb.) Prinz (Szd.)
Malchin-Waren. Frhr. von Malzan (cons.) gewählt.
Kreuznach-Simmern. Stichwahl zwischen von Cuny (ntlb.) und Hompesch (Ctr.)
St. Goarhausen-Unterwesterwald-Unterlahnkreis-Westerburg-(Braubach). Dr. Lieber (Ctr.) wiedergewählt.
Schleiden-Malmedy-Montjoie. Prinz v. Arenberg wiedergewählt.
Pyritz-Saatzig. Stichwahl zwischen von Plötz (Bund d. Ldw.) und Glasow (cons.)
Neuhaus a. d. Oste, - Lehe - Geestemünde. Stichwahl zwischen Hahn (Bund d. Ldw.) und Havercamp (Szd.)
Memel-Heydekrug. Stichwahl zwischen von Waldersee (cons.) und Malakys (Littauer.)
Hadersleben-Sonderburg. Johannsen (Däne) wiedergewählt.
Passau. Dr. Pichler (Ctr.) wiedergewählt.
Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen. Vielhaben (Reformp.) gewählt.
Fritzlar-Homburg-Ziegenhain. Liebermann v. Sonnenberg (Reformpartei) gewählt.
Ellung-Marienburg. Stichwahl v. Puttkammer-Flauth (conserv.) Storch (Szd.)
Oppeln. Stichwahl Szmula (Ctr.) Wolny (Ctr.)
Kreuzburg-Rosenberg. Fürst Hohenlohe-Oehringen (cons.) gewählt.
Randow-Greiffenhagen. von Manteuffel (cons.) gewählt.
Kaiserslautern. Stichwahl Roesicke (Bund d. Ldw.) Clement (Szd.)

— Unter den Wiedergewählten befinden sich Graf Kanitz, Bachem Bueb, Prinz Hohenlohe, Prinz Arenberg. In Stichwahl kommen Graf Waldersee, Diedrich, Hahn, Rösicke, Plötz und Payer (nicht Beyer, wie früh gemeldet).

— Der Ausschuß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschloß einstimmig die Wahl des Bürgermeisters Kürschner zum Oberbürgermeister zu empfehlen.

— Das Staatsministerium hielt heute unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe eine Sitzung ab. Nach Meinung mehrerer Berichterstatter handelt es sich um die Stellungnahme der Regierung zu einer anderweitigen Organisation des Staatsministerium der wasserwirthschaftlichen Verwaltung.

Aachen, 17. Juni. In Gegenwart des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Excellenz Nasse fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Aachen eine Conferenz zur Errichtung einer Heilstätte für unbemittelte Lungenkranke statt, welche hauptsächlich der Arbeiterbevölkerung zugute kommen soll. Die Conferenz an welcher auch der Regierungspräsident von Hartmann, und der Landrath des Landkreises Aachen, sowie mehrere Industrielle u. s. w. theilnahmen, war eine vorbereitende, jedoch ist die Gründung einer derartigen Anstalt als sicher zu betrachten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Juni. Das „Fremdenblatt" bespricht das 10jährige Regierungsjubiläum Sr. Majestät des deutschen Kaisers und sagt: In unablässiger Arbeit hat sich Kaiser Wilhelm mit den Anforderungen des nationalen Lebens vertraut gemacht, die entscheidenden Fragen studirt und mit sicherem Blick seine Meinung sich gebildet, die dann, dank der hervorragenden Persönlichkeiten, mit denen er sich umgeben hat, zur That wurde. Wir sehen auch, wie er bei aller Thatenfreude und aller Hochschätzung militärischer Tüchtigkeit, die er immer wieder anzuspornen weiß, eine durchaus friedliebende Politik verfolgt und das Mißtrauen, mit dem man in Frankreich seine ersten Schritte beobachtet hatte, allmählig entwaffnet hat. Er ist in diesen zehn Jahren der volle Repräsentant des friedlichen und zugleich wehrhaften, jedoch unablässig vorwärts strebenden Deutschen Reiches geworden; eine Charakter-Gestalt, welche die Aufmerksamkeit aller Völker fesselt und deren kräftiges, bedeutendes und lebhaftes Gepräge das wohlgegründete und tapfere Selbstbewußtsein in dem deutschen Volke und seine große Unermüdlichkeit symbolisirt. Uns Oesterreichern aber steht er nahe nicht nur als der Verbündete, sondern auch als der Freund unseres Monarchen, zu dem er mit einer aufrichtigen Verehrung und Liebe aufblickt, die ihm allein schon die Sympathie der Völker unseres Reiches sichert.

Italien.

Rom, 17. Juni. Deputirtenkammer. Nachdem de Marinis und Masi gegen die Regierung gesprochen, wird die Discussion geschlossen und in die Berathung der Tagesordnung eingetreten. In den Wandelgängen hält man es für möglich, daß noch heute Abend in der Kammer die entscheidende Abstimmung stattfinden wird.

Schweiz.

Bern, 17. Juni. Der Nationalrath beschloß mit 105 gegen 24 Stimmen in die Berathung der Vorlage über die Revision der Bundesverfassung bezüglich der Einführung eines einheitlichen Civilrechts einzutreten und mit 106 gegen 23 Stimmen in die Revision der Bundesverfassung bezüglich der Einführung eines einheitlichen Strafrechts einzutreten.

Frankreich.

Paris, 17. Juni. Präsident Faure empfing heut Nachmittag 2½ Uhr Ribot und ersuchte ihn, die Kabinetsbildung zu übernehmen.

Türkei.

Konstantinopel, 17. Juni. Die Schritte des montenegrinischen Gesandten bezüglich der Vorfälle an der Grenze wurden von russischer Seite unterstützt. In einem außerordentlichen Ministerrath wurde beschlossen, die strengsten Maßregeln anzuwenden und mehrere Batterien an die Grenze zu entsenden. Die Pforte versprach die Absetzung des Kaimakans von Berana und entsendete von Uesküb eine Untersuchungskommission. Ein Delegirter des Sultans wird sich auf den Schauplatz der Unruhen begeben. Wie verlautet, nehmen über 20 000 Albanesen an der Bewegung theil, welche bis in die Umgegend von Nowibazar reichen soll. In unterrichteten militärischen Kreisen verlautet, es werde für den Marschall Ehdem Pascha der Posten eines Groß-Generalinspektors aller 7 Corpsbereiche neu geschaffen werden. Der Sultan ließ dem armenischen Patriarchen mittheilen, daß er die Verfügung des Cultusministers annulire und daß die Wahl des Katolicos von Sis den früheren Vereinbarungen gemäß stattfinden könne.

Locales.

Gleiwitz, den 18. Juni 1898.

r. Stadttheater Gleiwitz. Mozart's Kunstwerk „Don Juan" oder „Der steinerne Gast" ging gestern bei vorzüglicher Besetzung in Scene. Unter den Opern, die das Repertoir aller besseren Bühnen beherrschen, hat und wird dieser Klassiker immer eine der ersten Stellen einnehmen; aber er ist auch ein Prüfstein für die Leistungsfähigkeit einer jeden Gesellschaft. Nur erstklassige Kräfte, bei denen sich warme Liebe zur Kunst mit wahrem Können paart, sind im Stande, einen gelungenen „Don Juan" zu geben. Und wenn wir gestern feststellen mußten, daß die Vorstellung eine aus-